

Melanie Behrens · Wolf-Dietrich Bukow
Karin Cudak · Christoph Strünck *Hrsg.*

Inclusive City

Überlegungen zum gegenwärtigen
Verhältnis von Mobilität und
Diversität in der Stadtgesellschaft



Springer VS

Inclusive City

Melanie Behrens • Wolf-Dietrich Bukow
Karin Cudak • Christoph Strünck
(Hrsg.)

Inclusive City

Überlegungen zum gegenwärtigen
Verhältnis von Mobilität und
Diversität in der Stadtgesellschaft

Herausgeber

Melanie Behrens
Katholische Hochschule NRW
Köln, Deutschland

Karin Cudak
Universität Siegen
Siegen
Deutschland

Wolf-Dietrich Bukow
Universität Siegen
Siegen
Deutschland

Christoph Strünck
Universität Siegen
Siegen
Deutschland

ISBN 978-3-658-09538-3
DOI 10.1007/978-3-658-09539-0

ISBN 978-3-658-09539-0 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Cori A. Mackrodt

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Inhaltsverzeichnis

Auf dem Weg zur Inclusive City	1
Karin Cudak und Wolf-D. Bukow	

Teil I Stadtgesellschaft als Organisationskontext des urbanen Zusammenlebens

“Seeing Inclusion and the Right to the City”	23
Jerome Krase	

Politik zwischen Polizei und Post-Politik: Überlegungen zu ‚urbanen Pionieren‘ einer politisierten Stadt am Beispiel von Berlin	43
Stephan Lanz	

Ambivalente Sichtbarkeitspolitiken in der vielfältigen Stadt	63
Nina Schuster	

Teil II Urbaner Raum – ein lebendes System

Die intersektionelle Stadt. Geschlecht, Migration und Milieu als Achsen der Ungleichheit einer Stadt	79
Elli Scambor	

Vom methodologischen Kosmopolitismus zum methodologischen Lokalismus	97
Knut Petzold	

Das Gerede um Migration und Integration	117
Jonathan Everts	
„Heimat“ und Remigration – eine kritische Betrachtung am Beispiel der Migrationsroute Ecuador-Spanien-Ecuador	143
Nina Berding	
Teil III Vielfalt und Mobilität als Ausgangspunkte zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung	
Urban Governance und „e-Participation“? Innovative Politik in der medialisierten Stadt	161
Frank Eckardt	
Transnationale Bezüge im Alltag	173
Angela Pilch Ortega	
Recht auf Stadt und symbolische Ordnung: Gezi-Park-Protest in Istanbul	187
Emre Arslan	
Teil IV Von der Dynamik einer neuen Wirklichkeit	
Balkanmeile versus Ottakringer Straße. Von urbanen Aushandlungsprozessen in einer Wiener Geschäftsstraße	211
Antonia Dika und Barbara Jeitler	
Der Hamburger „Staatsvertrag“ mit islamischen Verbänden als Beitrag zur Inclusive City? Eine ethnographische Annäherung	225
Laura Haddad	
Der Staatskirchenvertrag zwischen Hamburg und den Islamgemeinschaften aus inklusionstheoretischer Perspektive – eine alternative Sichtweise	237
Wolf-D. Bukow	
Fremdsprachige Senioren: ein Mosaikstein in der städtischen Vielfalt	249
Natalia Kühn	

**Teil V Über die Schwierigkeiten die Stadtgesellschaft
inklusiv auszurichten**

**„Das schwarze Land zur Heimat machen“: Die Debatte um
Zuwanderung und Zugehörigkeit im Ruhrgebiet in
den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts** 267
Angela Schwarz

**„Wir haben ein Recht stolz zu sein.“ Die
Emanzipationsbewegung der Roma und Sinti
in der Bundesrepublik Deutschland, 1950–1983** 279
Anne Klein

**Inclusive-City und schulische Bildungssettings rund um die
Einwanderungsbewegung aus Südosteuropa** 299
Karin Cudak

**Ein modernisierter Rassismus als Wegbereiter eines urbanen
Antiziganismus** 323
Wolf-D. Bukow

Teil VI Abschließende Betrachtungen

Die Zukunft der Stadtgesellschaft als Inclusive City 353
Wolf-Dietrich Bukow und Karin Cudak

Autor_innenverzeichnis

Dr. phil. Emre Arslan lehrt Soziologie an der Universität Siegen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration, Rechtsextremismus, Bildung und soziale Ungleichheit. Er ist der Autor des Buches „Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum: Türkische Graue Wölfe in Deutschland“ (2009) und einer der Herausgeber des Buches „Mehrsprachig in Wissenschaft und Gesellschaft: Mehrsprachigkeit, Bildungsbeteiligung und Potenzialen von Studierenden mit Migrationshintergrund“ (2013).

Nina Berding Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Siegen, Forschungskolleg Siegen (FoKoS). Forschungsschwerpunkte: Ethnografische Stadt- und Migrationsforschung, Biografie- und Identitätsforschung. Publikationen: 2014. Wo sind all die verlorenen Jahre hin? Zur Remigration von EcuadorianerInnen aus Spanien. In: *Ila Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* 372 Februar, 44–45.

Prof. Dr. Wolf-D. Bukow Universität Siegen, Forschungskolleg Siegen (FoKoS). Forschungsschwerpunkte: Mobilität und Diversität. Publikationen: 2015. Zur Entwicklung von institutionellem Rassismus – Rassistische Routinen in der kommunalen Praxis. In: Fereidooni, Karim; El, Meral: Perspektiven auf Rassismus und Schule. Wiesbaden: VS-Verlag (i. E.); 2015. Mobilität und Diversität als Herausforderungen für eine inclusive city. In: M. Hill, E. Yildiz (Hg.): Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft. Münster. Transcript; 2014. Das Geschäft mit der Einwanderung. Zum Zusammenhang zwischen Einwanderungspolitik und Einwanderungsindustrie am Beispiel der Einwanderung aus Südosteuropa. In: *Kriminalistik*. 68 (2), S. 74–80.

Karin Cudak Hans-Böckler-Promotionsstipendiatin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Siegen, Forschungskolleg Siegen (FoKoS). Forschungsschwerpunkte: Schul- und Bildungsforschung; Stadt- und Migrationsforschung. Publikationen: 2015. Zur Entwicklung von institutionellem Rassismus – Rassistische Routinen in der kommunalen Praxis. (Gemeinsam mit Wolf-D. Bukow) In: Fereidooni, Karim; El, Meral: Perspektiven auf Rassismus und Schule. Wiesbaden: VS-Verlag (gemeinsam mit Wolf-D. Bukow; i. E.); 2014. Das Geschäft mit der Einwanderung. Zum Zusammenhang zwischen Einwanderungspolitik und Einwanderungsindustrie am Beispiel der Einwanderung aus Südosteuropa. In: Kriminalistik. 68 (2), S. 74–80. (gemeinsam mit Wolf-D. Bukow).

Antonia Dika studierte Architektur in Wien und Berlin. Im Rahmen ihrer Tätigkeit für die Wiener Gebietsbetreuung Stadterneuerung beschäftigt sie sich mit der Auswirkung von Migration auf einen Stadtteil. Sie ist Mitinitiatorin des Stadtforschungsprojekts „Reisebüro Ottakringer Straße“ und Mitherausgeberin des Buches „Balkanmeile. 24 h Ottakringer Straße. Lokale Identitäten und Globale Transformationsprozesse. Ein Reiseführer aus Wien“ (mit Barbara Jeitler, Elke Krasny und Amila Širbegović). In ihrer freischaffenden Tätigkeit realisierte sie mehrere stadtteilbezogene Projekte, zuletzt: „Quellen Quiz Championship“ im Rahmen der Reihe „Into the City“ der Wiener Festwochen 2012.

Prof. Dr. Frank Eckardt Bauhaus-Universität Weimar. Forschungsschwerpunkt: Stadtsoziologie. Publikationen: Die komplexe Stadt, Wiesbaden, 2009: VS Verlag. Zur Aktualität von Mike Davis; Wiesbaden 2013: VS Verlag. Lehrbuch Stadtforschung: Gegenstand und Methoden; Wiesbaden, Springer VS 2014.

Dr. Jonathan Everts ist Akademischer Rat a. Z. am Geographischen Institut der Universität Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Kultur- und Sozialgeographie. In seinem Buch „Konsum und Multikulturalität im Stadtteil“ (2008, Transcript Verlag) untersucht er alltägliche Begegnungen von Lebensmittelhändlern und Kunden in einem durch Vielfalt geprägten, urbanen Kontext. Einen weiteren Fokus seiner Forschung bilden gesellschaftliche Ängste und Risikowahrnehmung, v. a. im Kontext von Krankheitsepidemien. Auf konzeptioneller Ebene steht die Auseinandersetzung mit praxistheoretischen Ansätzen im Mittelpunkt.

Laura Haddad Doktorandin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück. Forschungsschwerpunkte: Ethnographische Stadtforschung, Cultural Studies, Islam in Europa. Veröffentlichungen: Haddad, Laura. 2011. *Verschleierte Mode? Zur Bedeutung von Kleidung und Kopftuch bei jungen Musliminnen in Deutschland*. Münster: LIT Verlag. Haddad, Laura 2012. Rezension zu Positionen zur Urbanistik I. Stadtkultur und neue Methoden der Stadtforschung; Positionen zur Urbanistik II. Gesellschaft, Governance, Gestaltung. In *Jahrbuch Stadt Region 2011/2012*, hrsg. Jörg Pohlan et. al., 177–179. Opladen: Barbara Budrich.

Barbara Jettler Studium der Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Universität Wien; Masterstudium „Migrationsmanagement“ an der Donau Universität Krems; derzeit ist sie bei der GB* – Gebietsbetreuung Stadterneuerung in Wien Ottakring beschäftigt; Schwerpunkte: temporäre Nutzungen als Strategie der Stadterneuerung, Migration und lokale Veränderungsprozesse; Mitherausgeberin des Buches „Balkanmeile. 24 h Ottakringer Strasse. Lokale Identitäten und Globale Transformationsprozesse. Ein Reiseführer aus Wien“ zusammen mit Antonia Dika, Elke Krasny und Amila Širbegović.

Dr. Anne Klein Historikerin, Erziehungs- und Politikwissenschaftlerin, lehrt und forscht im Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Erinnerungskultur, „Holocaust-Education“, Minderheiten, Inklusion, soziale Ungleichheit, Disability History. Publikationsauswahl: „L’image, le sensible, l’exclusion“. Pierre Sansot und das Gedächtnis eines Roma-Stadtteils, in: Julia Blandfort, Marina O. Hertrampf (Hg.), Grenzerfahrungen: Roma-Literaturen in der Romania, Münster u. a.: Lit Verlag, 2011, S. 67–84. „Jude sein ist keine einfache Sache.“ Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft, in: Richard Gebhardt, Anne Klein, Marcus Meier (Hg.), Dimensionen des Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur Kritischen Bildungsarbeit, Landsberg: Beltz Juventa 2012, S. 209–229. From Biopolitics to Ethics of Disability? Voices on decolonisation and anti-psychiatry in France, 1945–1975, in: *The imperfect historian: Disability histories in Europe*, Edited by Sebastian Barsch, Anne Klein, Pieter Verstraete, Frankfurt a. M., u. a.: Peter Lang Verlag 2013, S. 255–270.

Prof. Dr. Jerome Krase Brooklyn College of The City University of New York. Fields of research: Urban Community, Visual Studies. Publications: *Seeing Cities Change: Local Culture and Class*, Ashgate 2012. *Riding the Bus in Brooklyn: Seeing the Spectacle of Everyday Multicultural Life*, in *The World in Brooklyn: Gentrification, Immigration, and Ethnic Politics in a Global City*, edited by Judith N. DeSena and Timothy Shortell, Lanham, MD: Lexington Books, 2012: 237–58. *Italian American Politics in New York City: Bird’s and Worm’s Eye Views*, in *Italian Signs, American Politics*, edited by Ottorino Capelli. New York: John D. Calandra Italian American Institute, 2012: 11–39.

Dr. Natalia Kühn Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Köln, FIST Universität zu Köln Forschungsschwerpunkte: Diaspora in der globalisierten Gesellschaft, transnationale Netzwerke und ihre Funktionen für den Sozialstaat, neue Mobilität und gesellschaftliche Transformationsprozesse vor Ort. Publikationen: Kühn, N. (2012) *Die Wiederentdeckung der Diaspora. Gelebte Transnationalität russischsprachiger MigrantInnen in Deutschland und Kanada*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Kühn, N. (2011) *Transnationale informelle Netzwerke und Soziale Arbeit in der globalisierten Welt*. *Blätter der Wohlfahrtspflege* 3.

Dr. phil. Stephan Lanz ist Stadtforscher an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und Gründungsmitglied von metroZones – Center for Urban Affairs. Er forscht vergleichend in Städten des Globalen Nordens und Südens über Stadtentwicklung, Stadtpolitik, Migration sowie urbane Kulturen und Religionen. Auf theoretischer Ebene beschäftigt sich Lanz gegenwärtig mit Möglichkeiten, Stadtforschung zu postkolonialisieren. Jüngste Bücher sind: *Global Prayers – Contemporary Manifestations of the Religious in the City* (Hg. mit J. Becker, K. Klingan, K. Wildner, Zürich 2014), *Caracas, sozialisierende Stadt* (Hg. mit D. Azzelini, K. Wildner, Berlin 2013) und *Transnationalism and Urbanism* (Hg. mit S. Krätke, K. Wildner, London/New York 2012).

Dr. Knut Petzold KU Eichstätt-Ingolstadt, Department für Soziologie. Forschungsschwerpunkte: Berufsbedingte Mobilität, lokale Identifikation, Kosmopolitismus, Methoden empirischer Sozialforschung. Publikationen: 2014: *Local investment and local everyday consumption. An empirical comparison between locals and multi-locals*. In: Hamman, P. Blanc, M., Duchêne-Lacroix, C., Freytag, T., Kramer, C. (Hg.), *Les mobilités résidentielles à l’aune de la multilocalité*. Strasbourg: Neotheque. S. 189–212. 2013: *Von einem, der auszog Wurzeln zu schlagen. Multilokalisierte Akteure und die Mechanismen lokaler Identifikation am Beispiel*

von Fernpendlern. *Soziale Welt* 64, 3: S. 291–316. 2013: Multilokalität als Handlungssituation. Lokale Identifikation, Kosmopolitismus und ortsbezogenes Handeln unter Mobilitätsbedingungen. Wiesbaden: Springer VS.

Ass.-Prof. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Angela Pilch Ortega Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft Arbeitsbereich Angewandte Lernweltforschung, University of Graz. Forschungsschwerpunkte: biographieorientierte Lernwelt- und Bildungsforschung, soziale Bewegungsprozesse, Transkulturalität, qualitativ-interpretative Sozialforschung. Publikationen: Hrsg. Pilch Ortega, Angela, Schröttner, Barbara 2012. *Transnational Spaces and Regional Localization. Social Networks, Border Regions and Local-Global Relations*. Münster, New York, München, Berlin: Waxmann Verlag. Hrsg. Pilch Ortega, Angela, Mikula, Regina, Felbinger, Andrea, Egger, Rudolf 2010. *Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Pilch Ortega, Angela 2009. „Indigene“ *Lebensentwürfe. Lernprozesse im Kontext konkurrierender Wissensprofile*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Elli Scambor Soziologin, Lektorin (Universitäten in Graz). Geschäftsführerin im Institut für Männer- und Geschlechterforschung. Schwerpunkte: Genderanalysen, intersektionale Analysen, Männlichkeitsforschung. Veröffentlichungen: Die intersektionelle Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit (2012) (zus. mit F. Zimmer). Die intersektionelle Stadt. Interdisziplinäre Zugänge und intersektionale Analysen am Beispiel des Sozialwissenschaft- und Medienkunstprojekts Intersectional Map (2012) (zus. mit C. Scambor und F. Zimmer). Transdisziplinäres Arbeiten an der Schnittstelle von Sozialwissenschaft und Medienkunst, in: B. Flath (Hg.), *Musikmedienkunst. Wissenschaftliche und künstlerische Perspektiven*. Bielefeld: transcript. S. 159–168, (2013) (zus. mit F. Zimmer).

Dr. Nina Schuster Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie, Fakultät Raumplanung, TU Dortmund, Forschungsschwerpunkte: Gender und Queer Studies, Soziale Ungleichheit, Stadtsoziologie, qualitative Methoden empirischer Sozialforschung, Praxisforschung. Mitbegründerin und Mitherausgeberin der Zeitschrift *sub|urban*. Zeitschrift für kritische Stadtforschung. Ausgewählte Publikationen: Andere Räume. Soziale Praktiken der Raumproduktion von Drag Kings und Transgender. Bielefeld: transcript 2010; Queer Spaces, in: *Handbuch Stadtsoziologie*, hrsg. Frank Eckardt, Springer VS 2012; Queerness, in: *Handbuch Kritische Stadtgeographie*, hrsg. Bernd Belina, Matthias Naumann, und Anke Strüver, Westfälisches Dampfboot 2014.

Prof. Dr. Angela Schwarz Historisches Seminar der Universität Siegen; Forschungsschwerpunkte: transnationale Kulturgeschichte, Stadtgeschichte, Mediengeschichte, Geschichte des Strukturwandels und seiner Wahrnehmung, Popularisierung von Wissen und Wissenschaften; Publikationen: *Der Park in der Metropole. Urbanes Wachstum und städtische Parks im 19. Jahrhundert*, Bielefeld 2005; *Industriekultur, Image, Identität. Die Zeche Zollverein und der Wandel in den Köpfen*, Essen 2008; „Urlaub machen, wo andere arbeiten“? Die Anfänge von Fremdenverkehrswerbung und Regionalmarketing im Siegerland (1950–1975), in: *Diagonal*, Jahrgang 2013: Schaut auf diese Region! Südwestfalen als Fall und Typ, S. 85–109.

Auf dem Weg zur Inclusive City

Karin Cudak und Wolf-D. Bukow

Die mobile Gesellschaft konstituiert ihre eigenen Gesetze von Einschluss und Ausschluss, Inklusion und Exklusion. Wer nicht ausgeschlossen werden, sondern dazugehören will, muss mobil sein oder doch zumindest Mobilität inszenieren können. (Schroer 2006, S. 118)

Jeder Schritt der Erweiterung [der Europäischen Union] ist von intensiven Debatten begleitet. Dabei lassen sich Mechanismen der Hierarchisierung und Abgrenzung beobachten, Definitionen davon, was europäisch sei und was nicht. Die Abgrenzungsprozesse schlagen sich in Debatten um Einwanderung nach Europa und in der innereuropäischen Migrationspolitik nieder. (Rüthers 2012, S. 22)

Die Idee für den Sammelband entstand im Rahmen des Pre-Workshops zum Thema Zwischenräume im November 2012 und des daran anschließenden Offenen Symposiums Neue Mobilität & Vielfalt. Eine Herausforderung für den Umbau der Stadtgesellschaft zur Inclusive City im Februar 2013. Wir bedanken uns für die finanzielle und die organisatorische Unterstützung beim Forschungskolleg der Universität Siegen (FoKoS). Ohne die Unterstützung von FoKoS wäre die Realisierung der beiden Veranstaltungen und des hier vorliegenden Sammelbandes nicht möglich gewesen.

K. Cudak (✉) · W.-D. Bukow
Universität Siegen, Siegen, Deutschland
E-Mail: karin.cudak@uni-siegen.de

W.-D. Bukow
E-Mail: wolf-dietrich.bukow@uni-siegen.de

Die beiden Zitate illustrieren, wie schwer es der Öffentlichkeit fällt, eine konstruktive Einstellung gegenüber einem Phänomen zu entwickeln, das schon seit langem typisch für die meisten Gesellschaften in Europa ist, nämlich Mobilität. Sie ist nicht nur typisch für diese Länder, sondern aufgrund der technologischen Entwicklung und der Globalisierung auch längst unumkehrbar und unentrinnbar mit ihnen verknüpft. Genau besehen, geht es aber gar nicht um Mobilität an sich, sondern um Mobilität im Sinn eines Indikators für eine zunehmende Freizügigkeit innerhalb EU-Europas und der westlichen Welt. Und es geht um die Implikationen, die dieser Freizügigkeit speziell zugerechnet werden: Eine wachsende sozio-kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt. Damit geht es letztlich auch um einen immer tiefergehenden wirtschaftlichen Wandel und um zunehmende Veränderungen in der Struktur und Zusammensetzung der Bevölkerung – eben um eine ungewohnte Vielfalt an Menschen, Meinungen und Lebensstilen. Zugleich impliziert das offenbar eine Infragestellung von Ansprüchen, Privilegien und von einer gewohnheitsmäßig beanspruchten Ressourcennutzung. Sind die durch die Mobilität hervorgerufenen Effekte wirklich willkommen? Sind sie tatsächlich verträglich oder sogar nützlich und fügen sie sich langfristig in die gewohnten Alltagsroutinen ein? Je nach dem individuellen Standort werden diese Effekte eher positiv oder eher negativ gesehen. Und entsprechend fühlt man sich je nachdem zu einem scheinbar angemessenen Handeln genötigt. Interessant ist dabei zudem, dass zur Einschätzung dieser Problematik nationalstaatlich argumentiert wird. Der Nationalstaat bzw. ein nationalstaatlich ‚aufgewertetes‘ Europa bilden hier zumeist den Referenzrahmen.

Sehr schnell wird klar, dass die indizierte Sichtweise bei weitem zu kurz greift und noch dazu von zweifelhaften Grundannahmen ausgeht.

- a. Sie greift zu kurz, weil sie Mobilität sagt und Diversität meint – ohne das wirklich konsequent zu durchdenken. Das ist nicht nur ungenau, sondern auch kurzschlüssig. Denn das, was beunruhigt, die Diversität, sie ist keineswegs allein der Mobilität geschuldet und damit auch gar nicht allein im Rahmen einer Mobilitätsdebatte einzuschätzen. Die zunehmende Diversität ist vorrangig den neuen Medien und schließlich auch einem damit verknüpften veränderten Normen- und Werteverständnis geschuldet. Die zunehmende Diversität verdankt sich, genauer besehen, entsprechend drei sehr unterschiedlicher Quellen, die allerdings eng miteinander zusammen hängen und die sich gegenseitig verstärken.
- b. Und außerdem wird unterstellt, dass Mobilität und damit Diversität etwas grundsätzlich Neues darstellen. Auch diese Annahme ist mehr als zweifelhaft. Was heute oft unter dem Label von Diversität auftritt, ist häufig schon immer vorhanden, wurde bloß eben nur lange entweder verleugnet oder verdrängt (Allemann-Ghionda und Bukow 2011).

Zwar ist es plausibel, die zunehmende Mobilität und Diversität als besondere Herausforderungen zu betrachten, die vor allem im Kontext der aktuellen technologischen und damit verknüpften globalgesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen ist, aber beide Phänomene verdanken sich jeweils einem nur teilweise deckungsgleichen Kontext, auch wenn sie gewissermaßen parallel auftreten.

Unabhängig davon, wie die beide Phänomene jeweils im Einzelnen einzuschätzen sind, ist es für die weitere Diskussion in jedem Fall wichtig, den für derartige soziale Phänomene erst einmal einen angemessenen Referenzrahmen zu definieren. Dabei hilft die in den obigen Zitaten angedeutete Kritik an der öffentlichen Einschätzung allerdings auch nicht weiter. Sie bleibt gerade hier eher vage und teilt in dieser Hinsicht offenbar die Grundannahmen der hier kritisierten Öffentlichkeit. Denn in der Öffentlichkeit genauso wie in der Wissenschaft wird in der Regel relativ unreflektiert und unscharf von Gesellschaft im Sinn eines Nationalstaats gesprochen. Ein Nationalstaat ist jedoch eine politische Konstruktion und eben keine Gesellschaft. Zudem ist der Nationalstaat erst knapp 200 Jahre alt und hat darüber hinaus auch schon längst wieder an Bedeutung verloren. Die Bemühungen, ihn im Sinn einer Gesellschaft zu konzipieren, sind so alt wie der Nationalstaat. Sie sind aber stets erfolglos geblieben. Der Nationalstaat wurde zwar immer wieder als Gemeinschaft („Volksgemeinschaft“) beschworen und mit einer Fülle von Gründungslegenden ausgestattet („Ariertum“ etc.), hat aber niemals – zumal nicht in dem territorial zerstückelten Mitteleuropa – die innere Dichte, soziokultureller Vernetzung und Einzigartigkeit entwickeln können, die eine Gesellschaft traditionell ausmacht. Als Referenzrahmen für gesellschaftliche Phänomene ist der Staat zwar bis heute sehr beliebt („nationale Identität“), aber nicht tauglich.

Mobilität und Diversität werden nur dann, aber dann deutlich im Sinn einer ‚Herausforderung‘ identifizierbar (z. B. als ‚Geschlecht‘, ‚Ethnizität‘ usw.), wenn auf eine relativ geschlossene, in sich vernetzte, dichte gesellschaftliche Figuration als Referenzrahmen rekurriert wird („der Nationalstaat“, „die nationale Gemeinschaft“ etc.). Gesellschaft hingegen meint einen wohlumgrenzten, kognitiv präsenten, dicht vernetzten, also zeitlich wie sozial verdichteten Sozialraum, der in der Lage ist, die alltäglichen Routinen im Sinn eines reziprok zentrierten pragmatischen Handelns zu rahmen. Erst vor diesem Hintergrund werden Mobilität und Diversität zu einer Herausforderung. Damit ist klar: Um die angedeuteten Phänomene als eine Herausforderung ernst zu nehmen, müssen Mobilität und Diversität im Kontext von Stadtgesellschaft diskutiert werden.

1 Die Neueinschätzung von Mobilität und Diversität rückt die europäische Stadt und ihre Inklusionsfähigkeit in den Mittelpunkt

Die mit den beiden obigen Zitaten markierte Denkrichtung mag die aktuelle Problematik in mancherlei Hinsicht verfehlen, aber sie enthält dennoch einige wichtige Hinweise für eine konstruktive Neueinschätzung von Mobilität und Diversität. Bei einer genaueren Betrachtung wird tatsächlich erkennbar, dass sich manche Bewertungen im Augenblick nicht nur verschieben, sondern diese quasi in ihr Gegenteil verkehrt werden. In der breiten Öffentlichkeit deutet sich so etwas wie ein Perspektivwechsel an:

- a. *Was die Mobilität betrifft:* Die Skepsis gegenüber (migrationsbedingter) Mobilität ist nur so lange plausibel, wie Sesshaftigkeit als Normalfall unterstellt wird. Die in den Zitaten erkennbare Neubewertung von Mobilität (heutiges Mobil-Sein-Müssen bzw. die Fähigkeit Mobilität zu inszenieren) setzt deshalb auch eine Neueinschätzung von Sesshaftigkeit voraus. Im Kern geht es darum, eine neue, mobile Existenzweise zur Norm zu erklären.
- b. *Und was die Diversität betrifft:* Wenn man davon ausgeht, dass es bei der bisherigen Skepsis gegenüber (migrationsbedingter) Mobilität eben vor allem auch um die Ablehnung von Diversität ging (ausgeschlossen wird, wer als ‚nicht-europäisch‘, ‚nicht-deutsch‘ etc. klassifiziert wird), dann ist klar, dass auch hier eine Neubewertung impliziert wird. Der überkommene bürgerliche Habitus, wer als ‚zugehörig‘ klassifiziert wird, muss mobilitätsadäquat reformuliert werden. Auch hier geht es darum, ein neues Verständnis über Diversität zu entwickeln.

Die Art, wie Sesshaftigkeit und Mobilität bzw. traditionell-monokultureller Habitus und Diversität miteinander in Relation gesetzt werden, hat sich tendenziell verkehrt. Mobilität und Diversität, die lange allenfalls als Ausnahme hingenommen wurden, werden heute zunehmend positiv gedeutet – jedenfalls, wenn es konkret um internationale Erfahrungen, gute Qualifikationen, die wirtschaftliche Entwicklung und den Tourismus, also um den urbanen Alltag geht. Die Perspektive, die dabei stillschweigend eingenommen wird, ist die einer Stadtgesellschaft. Allerdings werden gleichzeitig weiter Sesshaftigkeit und monokultureller Habitus beschworen, sobald es um eine ‚unerwünschte‘ bzw. um eine ‚falsche‘ Mobilität oder Diversität geht. Dann wird schnell wieder von ‚Fremden‘ gesprochen – beispielsweise, um die Mobilität europäischer Minderheiten, wie die ‚der Roma‘ im

EU-Territorium, zu kriminalisieren.¹ Oder es wird eine ‚falsche‘ religiöse Diversität unterstellt, sobald es um ‚den Islam‘ im EU-Europa geht. Die Perspektive, die dann eingeschlagen wird, ist die alte nationalistisch imprägnierte Sichtweise. Immer dann, wenn sich die Öffentlichkeit national gibt oder sich Stadtgesellschaften wie kleine Nationalstaaten gebärden und nationalistische Erzählungen bemüht, dann kommt die alte negative Einschätzung erneut durch. Und das geschieht immer noch sehr häufig, wie die meisten an ‚Zuwanderer‘ bzw. an ‚Ausländer‘ adressierten kommunalen Integrationsprogramme belegen. Das Problem hierbei ist, dass es dann aufgrund eines der empirischen Wirklichkeit nicht mehr adäquat gewählten Referenzrahmens, nämlich desjenigen eines identitäts- und territoriums-gebundenen, sehr schwer fällt, der zunehmenden Mobilität und Diversität unvoreingenommen und konstruktiv zu begegnen. Dieser gewählte, nicht-wirklichkeitsbasierte Referenzrahmen führt letztlich zu Fehleinschätzungen, die längst erkannt wurden (die entsprechenden Fehleinschätzungen sind ja nicht empirisch, sondern ideologisch begründet und folgen einem Selbstverständnis der bürgerlichen Klassen des 19. Jahrhunderts). Deshalb ist es wichtig, den sozial adäquaten Referenzrahmen einzuhalten. Dann wird erkennbar, dass sich die Umkehrung der Perspektive keineswegs unvermittelt ereignet hat, wie das auf den ersten Blick erscheinen mag.

Die Umkehrung der Perspektive ist der Tatsache geschuldet, dass die Stadtgesellschaft in das Blickfeld gerückt ist. Die Stadtgesellschaften – und hier insbesondere die innerstädtischen Quartiere – stellen metropolitane Ballungsräume dar, die aufgrund von strukturell fundierten Möglichkeitsräumen (informelle wie formelle Job- und Qualifikationsgelegenheiten, unterschiedlichste Wohnräume usw.), ausgesprochen mobilitäts- und diversitätsgeprägt sind. Sie haben das längst bewiesen: Sie bieten nicht nur Anlaufstellen für Menschen, die auf der Suche nach einer neuen Lebensperspektive sind, sondern ermöglichen auch seit langem die Verstetigung und Veralltäglichere von Mobilität und Diversität. Und all dies ist überhaupt nicht neu. Dies hat es schon zur Zeit des rasanten industriellen Wandels, der sich vom 19. bis zum 20. Jahrhundert ereignete, gegeben. Im Laufe der Zeit wurde die einst vorherrschende Agrarproduktion, die noch mit einem Leben im ländlichen Raum verbunden war, von einer industrialisierten und zugleich zunehmend urbanisierten Gesellschaft abgelöst. Die Städte sind diesem ‚Industrialisierungssog‘ erfolgreich begegnet und haben ihn sich sehr schnell zu Eigen gemacht. Ähnliches lässt sich auch später bei den Fluchtbewegungen im Zusammenhang mit den zwei Weltkriegen und der weltweiten Entkolonialisierung beobachten. Insbesondere mit den

¹ Die Definitionsprozesse, die in den Debatten um ein ‚neues‘ Europa, stattfinden, werden auch als Abgrenzung zu anderen Minderheiten wie Flüchtlinge, Arme, People of Colour etc. vorgenommen.

Migrationsbewegungen, die durch die Emanzipationsbewegungen der befreiten, ehemaligen Kolonien ausgelöst wurden, ging eine enorme Bevölkerungsmobilisierung in vielen europäischen Städten einher. Es war genau diese Fähigkeit der *europäischen Stadt*, sich mit einer zunehmenden Mobilität und Diversität immer wieder neu zu arrangieren, was zur Erkenntnis geführt hat, dass die Stadt eine spezifische und zugleich effektive Gesellschaftsform für die Bewältigung von Mobilität und Diversität darstellt. Genau deshalb hat sich auch dieses Gesellschaftsformat weltweit durchgesetzt – mit der Folge, dass heute schon mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt.²

Was dann aber auch auffällt, das ist, dass die zunehmende Mobilität und Diversität nicht automatisch bedeutet, dass eine Stadt wächst. Es geht zunächst einmal um eine wachsende Fluktuation und eine fortschreitende Ausdifferenzierung von Lebensstilen usw. Sehr oft sind diese Effekte zweifellos mit einem enormen Wachstum der Stadt verbunden. Das gilt etwa für die neuen Mega-Cities in Afrika und Asien. Es gibt aber in Europa und Nordamerika zahlreiche Beispiele für schrumpfende, also ‚abwanderungsbasierte‘ Städte. Gleichzeitig sind aber auch sie von zunehmender Mobilität und Diversität bestimmt. Oft handelt es sich um ganze Regionen, sogenannte *Shrinking Cities*, die eine Entstrukturierungs- und De-Industrialisierung erleben. Ganze Wohnviertel und Straßenzüge sind hier von Wohnungs- und Ladenleerständen betroffen.³ Solch brachliegenden Infrastrukturen werden dann häufig zu von Einwanderern und sozialen Minderheiten genutzten Zwischenräumen und auf diese Weise werden sie ‚re-settled‘ bzw. urban ‚recycelt‘ (Yıldiz und Mattausch 2009), indem sie als an sich vernachlässigte, innerstädtische

² Das waren im Jahr 2008 3,3 Mrd. Menschen. Bis zum Jahr 2030 werden es voraussichtlich 5 Mrd. Menschen sein. Mit der weltweiten Verstädterung sind freilich viele soziale Probleme verbunden, die die Umwelt, das Zusammenleben usw. betreffen. Dies soll an dieser Stelle keineswegs geleugnet werden. Die Stadtgesellschaft hat sich also nicht in einem normativen Sinn ‚bewährt‘, weil sie ‚besser‘ ist (als beispw. der sogenannte ‚ländliche Raum‘), sondern weil sie im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen, sozialen Wandels ein funktionales, extrem verdichtetes, vernetztes und leistungsfähiges Gesellschaftsformat darstellt.

³ Es ist kein Zufall, dass die Conference ‚*Cities Regrowing Smaller*‘ der OECD-geförderten Veranstaltungsreihe *SHRINKING CITIES IN EUROPE* kürzlich in der Zeche Zollverein im Ruhrgebiet stattfand, das von den Veranstaltenden als weltweites, aber vor allem in post-industrialisierten Gesellschaften als Problem betrachtet wird. Abwanderung wird als ein Hauptfaktor für diese Entwicklungen betrachtet: „*Bis heute hat das Ruhrgebiet trotz Einwanderung etwa 10% seiner Einwohner verloren, manche Städte gar bis zu 30%. Für die nächsten 20 Jahre geht man von einem anhaltenden Rückgang aus, für manche Kommunen bis zu weiteren 15%. Während bislang vor allem das Brachfallen von Industrieanlagen eine städtebauliche Herausforderung stellte, wird in Zukunft zunehmend der Leerstand in Wohngebieten zum Thema*“ (<http://www.shrinkingcities.com/index.php?id=372&L=0> vom 01.04.2014).

Quartiere wiederbelebt und teilweise sehr erfolgreich zu prosperierenden Quartieren umgestaltet werden. Derartige innerstädtische Quartiere nennt Doug Saunders (2011) *Arrival Cities*. Nach Saunders handelt es sich um Ankunftsorte von Menschen, die auf der Suche nach einer neuen Lebensperspektive sind.⁴ Solche Zwischenräume sind oft nicht nur Ankunftsorte, sondern auch immer so etwas wie informelle *urbane Laboratorien* für die Weiterentwicklung einer sich immer weiter durch Mobilität und Diversität verändernden Stadtgesellschaft. Was zur Verstädterung und zum globalen Siegeszug der Stadtgesellschaften beigetragen hat, hat eben auch immer wieder zu neuen Vernetzungen von Stadträumen geführt, die neuartige Mobilitätsströme und eine Virtualisierung und Dezentrierung von Diversität bewirkt haben. Aber all das bedeutet eben nicht automatisch ein quantitatives, sondern eher ein qualitatives Wachstum. Gerade in solchen offiziell wachstumsvernachlässigten, aber informell qualitativ wachsenden Quartieren kommt die Logik der Stadtgesellschaft besonders zum Ausdruck.

Es bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass Verstädterung und die Urbanisierung, die mit einer global mobil gewordenen Bevölkerung einhergeht, letztlich zur Dominanz der Stadtgesellschaft geführt hat (vgl. neben anderen z. B. Häusermann et al. 2004; Bukow 2010; Ottersbach und Yildiz 2004) und der verbliebene ‚ländliche Raum‘ – einschließlich seiner Infrastrukturen wie Supermärkte, Autobahnen, Betriebe, Bildungseinrichtungen und Verwaltungen – längst zum ‚Teil des Stadtgewebes‘ (vgl. Lefebvre 1972, S. 10) avanciert ist. Die Stadtgesellschaft ist zu einem Erfolgsmodell geworden, weil die Mobilität und die Diversität zu einem Querschnittphänomen geworden sind und damit die Gesellschaftsformate zum Zuge kommen, die damit konstruktiv umgehen können.

2 Eine systematische Würdigung der Stadtgesellschaft steht erst am Anfang

Wenn nicht der Nationalstaat, sondern die Stadtgesellschaft zum Referenzrahmen für die vorliegende Thematik bestimmt wird, dann muss statt der für einen Nationalstaat typischen Struktur die für eine Stadtgesellschaft eigentümliche gesellschaftliche Logik berücksichtigt werden. Noch hat die Debatte darüber, was Stadtgesellschaften eigen ist, gerade erst begonnen, obwohl insbesondere in den Sozial-

⁴ Letztlich sind dies, wie beschrieben, jedoch nicht nur Orte der ‚Ankunft‘, sondern auch Orte des Wegzugs, des Durchlaufs – schlicht: Orte der Fluktuation oder Mobilität. Systemtheoretisch gedacht, operiert die mobilisierte und urbanisierte Stadtgesellschaft dabei seit jeher sowohl exklusiv als auch inklusiv, indem Einzelne – in differenter Weise – zu Adressat_innen funktionaler Teilsysteme werden (vgl. Kneer und Nassehi 2000).

wissenschaften seit nunmehr 100 Jahren durchaus eine entsprechende Diskussion existiert Simmel [2006 (1903)]. Immer wieder wurde und wird auf die Bedeutung und Eigenständigkeit eines vom Nationalstaat unabhängigen nicht-gemeinschaftlich, sondern gesellschaftlich orientierten Sozialformates, wie zum Beispiel das einer Stadtgesellschaft, hingewiesen. Aber die hegemonialen Diskurse und die damit verbundenen *Mobilitäts- und Diversitätsregime* orientieren sich immer noch am Nationalstaat, wenn sie ‚Gesellschaft‘ meinen. Wenn von dort aus interveniert wird, dann unter wirklichkeits-unangemessenen, nämlich nationalen Voraussetzungen.

Die Diskussion um Mobilität und Diversität kann erst dann erfolgreich geführt werden, wenn eine stadtgesellschaftliche Perspektive eingenommen wird und Mobilität und Diversität als ganz normale, urbane Erscheinungen betrachtet werden. Ein erster Schritt in dieser Richtung wurde in der Debatte im Umfeld von HABITAT II versucht. Dort ging es um die Frage, inwiefern und inwieweit es der Stadtgesellschaft gelingt, auf Mobilität und Diversität konstruktiv zu reagieren und beides zur Basis einer zukunftsfähigen Entwicklung zu machen. Eine wichtige Rolle hat hier bereits das Stichwort *Inclusive City* gespielt. Dabei geht es ganz einfach um die empirisch längst belegte These, dass eine zunehmende Mobilität und Diversität positiv zur Stadtentwicklung beitragen kann, wenn mit Einwanderung und Vielfalt fair umgegangen wird – eine These, die bereit in den 1950er Jahren des letzten Jahrhunderts von Migrationsforschern in den USA erfolgreich analysiert wurde (vgl. Kallen und Whitfield 1998) und die sich in den urbanen Zwischenräumen im Sinn *urbaner Laboratorien* bis heute immer wieder nahe legt. Es geht danach also nicht nur um die substantielle Prägung der Stadtgesellschaft durch Mobilität und Diversität, sondern auch um deren *konstitutive* Bedeutung.

Um die These von der *konstitutiven* Bedeutung noch deutlicher zu machen, gibt es ganz verschiedene Möglichkeiten. Als eine etwas ungewöhnliche, aber gleichwohl instruktive Möglichkeit soll hier ein kurzer Ausflug in die Anfänge der Stadtgesellschaft unternommen werden. Dazu ein kurzer Blick auf das in der heutigen Türkei liegende *Göbekli Tepe*, das in den letzten 10 Jahren von Klaus Schmidt (2007) ausgegraben wurde.⁵ Schmidt hat in seiner archäologischen Arbeit festgestellt, dass diese ungewöhnlich große Stadt damals offenbar um ein Heiligtum herum entstanden ist. Das bedeutet, sie basierte nicht auf verwandtschaftlichen Beziehungen, die zu dieser Zeit ansonsten den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt stifteten, sondern auf einer formalen Zuordnung, die durch die Errichtung einer eindrucksvollen Machtinstanz gesichert wurde – einer Machtinstanz, die

⁵ Nach Schmidt werden zwei Nutzungsphasen unterschieden, von denen die erste bis in das 10. Jahrtausend v. Chr. zurückreicht. Für diese Nutzungsphase (Epipaläolithikum/PPNA) sind mehrere Steinkreisanlagen typisch, die aus zum Teil reliefierten T-förmigen Pfeilern bestehen.

darauf aus war, durch ein offenbar neues Gesellschaftsmodell möglichst viele, bislang nur verwandtschaftlich gebundene Gruppierungen formal an sich zu binden und einer neuartigen Herrschaftsstruktur in jeder Weise dienstbar zu machen. Wie selbstverständlich wurde die Gehorsamsbereitschaft gegenüber dieser Machtstruktur religiös organisiert und symbolisiert.⁶ Das damals völlig neuartige Konzept einer Stadtgesellschaft hat im Kern bis in die Neuzeit hinein Gültigkeit behalten. Erst die bürgerliche Gesellschaft hat die religiöse Machtstruktur entmachtet und, empirisch gesprochen, der Kirche das Rathaus gegenüber gestellt.

Auch wenn wir über die Details der Geschichte der Stadt als einer neuartigen Sozialform nicht viel wissen, so ist doch eins klar, nämlich dass die Stadt entstanden ist, indem sie ihre Bevölkerung aus sehr unterschiedlich geprägten Verbänden und damit zwangsläufig ohne Rückgriff auf verwandtschaftliche (also ‚nationale‘ im Sinne des Lateinischen Wortursprungs von ‚natio‘ bzw. abstammungs-/geburtsmäßige) Bindungen rekrutiert und sie mit Hilfe formaler Strukturen eingebunden (*inkludiert*) hat. Die entscheidende Pointe besteht tatsächlich in dem Ersatz verwandtschaftsbasierter bzw. pseudoverwandtschaftlicher stammesmäßiger oder ‚völkischer‘ Beziehungen durch formale, religiös gerahmte Strukturen – im hier angeführten Beispiel werden die formalen Strukturen offenbar in der Form eines neuen ‚Kultes für Alle‘ etabliert. Dies ist mit großer Wahrscheinlichkeit der Weg, um die in solchen Fällen zwangsläufig, ja unentrinnbar entstehende Vielfalt und Diversität zu binden. Den Befunden nach war dieses Modell sehr erfolgreich, weil es gelungen ist, über diesen Kult bislang nomadische Gruppen zu binden, zur Niederlassung zu bewegen und einen die gesamte Stadtgesellschaft „überwölbenden“ Verwaltungsapparat zu etablieren, der später sogar dazu geführt hat, dass sich dieser Gesellschaftstypus als Stadtgesellschaft über die Jahrhunderte hinweg erfolgreich entwickeln konnte und immer wieder kopiert, variiert und weiter ausgebaut wurde.

Wir wissen zwar ansonsten nur wenig von jenen frühen Stadtgesellschaften, aber wir wissen Dank der jüngeren Forschung immerhin, dass sich „schon bald“ komplexe formale Strukturen mit einer eigenen Verwaltungssprache, einem Abrechnungssystem, einem Dokumentationssystem und sogar, wie Archäologen belegen konnten, einem mehrstufigen Bildungssystem etablierten. Was hier passiert ist, ist das, was nicht zuletzt Max Weber in seiner Arbeit „Wirtschaft und Gesellschaft“ sehr präzise beschreibt. Er stellt dort einleitend dar, wie eine moderne Gesellschaft geordnet wird. Konkret bezieht er sich selbstverständlich vorwiegend auf die europäische Stadt und diskutiert an ihr die Bedeutung der formalen Strukturen und grenzt diesen Gesellschaftstypus von solchen gesellschaftlichen Formaten ab, die noch immer auf Verwandtschaftssystemen basieren. Als Beispiel für solche ver-

⁶ Nach Schmidt begann die neolithische Revolution gleich mit einem im großen Stil inszenierten neuen Gesellschaftsmodell.

wandtschaftlich basierten Gesellschaften nennt er u. a. den Oikos, einen „autoritär geleiteten Großhaushalt eines Fürsten, Grundherrn, Patriziers, dessen letztes Leitmotiv nicht kapitalistischer Gelderwerb, sondern organisierte naturale Deckung des Bedarfs des Herrn ist“ (Weber 1922, § 7), eine bis in die Neuzeit hinein nachweisbare verwandtschaftsbasierte Lebensweise, die heute nur noch kontextspezifisch in der Lebenswelt der Familie oder dem Verein relevant ist.

Die entscheidende „Erfindung“ bzw. das innovative Moment der Stadtgesellschaften besteht ohne Zweifel darin, mit formalen Strukturen zur Regelung von Tausch bzw. Handel, mit formalen Steuer-, Rechts, und Verwaltungssystemen sowie mit Bildungsinstitutionen zu operieren. Es hat freilich bis heute gedauert, bis sich diese Neuerung wirklich durchsetzen konnte. Der Grund für diese zögerliche Entwicklung liegt darin, dass aus naheliegenden Gründen immer wieder versucht wurde, verwandtschaftsbasierte Gesellschaftsmodelle – im Feudalismus genauso wie im Zeitalter des neu aufkommenden Nationalismus – stark zu machen und politisch durchzusetzen. Gerade der Nationalstaat, der sich einerseits intern weitgehend formal-rational gab, hat sich nach außen wie eine generalisierte Familie mit einer Sprache, einer Kultur, einer Religion usw., also wie oben bereits angedeutet, als mono-kulturell verstanden. Erst die im Rahmen der Industrialisierung radikal zunehmende Mobilität und Diversität nötigen dazu, nun mehr eindeutig auf das Modell Gesellschaft, und hier primär Stadtgesellschaft zu setzen. Dass sich die Neuerung durchsetzt, hat mit ihrer zweckrationalen Ausrichtung zu tun – eine Zweckrationalität, die nach Max Weber die Institutionen moderner Gesellschaften insgesamt bestimmt: „Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mittel und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zwecke gegeneinander rational abwägt: also jedenfalls weder affektiv (und insbesondere nicht emotional), noch traditional handelt“ (Weber 1922, § 2). Diese der praktischen Vernunft geschuldete Zweckrationalität ist die Grundlage dafür, dass es gelingt, nicht-verwandtschaftlich verpflichtete Menschen in ein Gesellschaftsformat zu binden.

3 Mobilität und Diversität werden in der Stadtgesellschaft kontexttypisch verarbeitet

Die zweckrationale Orientierung der Gesellschaft war der wesentliche Erfolgsfaktor. Aber sie war, wie wir heute wissen, noch keine erschöpfende Antwort auf das Zusammenleben unter komplexen Bedingungen. Schaut man sich die Tradition der europäischen Stadt noch einmal genauer an, so wird erkennbar, dass im De-

tail sehr unterschiedliche Konzepte erprobt wurden, und dass sehr viele Konzepte auch gescheitert sind, weil es offenbar nicht einfach ist, Mobilität und Unterschiedlichkeit nachhaltig und konfliktarm einzubinden. Die meisten Konzepte basieren auf asymmetrisch-komplementären Strukturen, also auf ‚wohlgeordneter‘ Unterschichtung, häufig auf Segregation von reich und arm oder sogar auf Exklusion (Ghettobildung; heute z. B. Gated Communities) einzelner Bevölkerungsgruppen, was zwar nach der Logik der jeweiligen Zeit durchaus zweckrational gewesen sein mag, aber doch vor allem dazu diente, Machtstrukturen zu ‚optimieren‘. Solche Konzepte hatten stets den Nachteil, dass sie ungerecht und folglich konfliktaltig sind und deshalb einen erheblichen Regulierungs-, Legitimierungs- und Erklärungsbedarf haben.

Auf die offensichtlichen Unzulänglichkeiten Stadt als ein Gesellschaftsformat zu organisieren, wird seit dem 19. Jahrhundert zunächst mit einer schrittweisen Ausbildung einer eigenständigen und zunehmend differenzierten Öffentlichkeit und anschließend mit einer fortschreitenden Individualisierung und Milieubildung reagiert. Dies sind im Prinzip zwar keine neuen ‚Erfindungen‘. Aber die Relevanz dieser beiden Möglichkeitsräume für ein, den urbanen Alltag ergänzendes bzw. erweiterndes urbanes Handeln, mit dem Ziel einer wirkungsvolleren Inklusion der Effekte zunehmender Mobilität und Diversität, wird gewissermaßen ‚neu‘ entdeckt. Im Grunde werden damit – neben den von formaler Rationalität bestimmten Handlungsräumen (Markt, Arbeit, Bildung), zwei neue, nicht zufällig gänzlich anders ausgerichtete *Handlungskontexte* etabliert: Mit der Öffentlichkeit (heute eher Zivilgesellschaft) entsteht erstmals Spielraum für die Präsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen. Mit der Ausbildung von Milieus entsteht erstmals Spielraum für die Gestaltung von Vielfalt – einer Vielfalt, die nun gelebt werden kann, ohne die überkommenen Alltagsroutinen selbst in Frage zu stellen. Auf diese Weise kommt es in der Stadtgesellschaft, idealtypisch betrachtet, zu drei Handlungskontexten bzw. ‚Möglichkeitsräumen‘.

Interessant sind diese drei Möglichkeitsräume für die vorliegende Debatte vor allem deshalb, weil sie für die im Alltag gelebte Mobilität und Diversität je nach Kontext typisch unterschiedliche Umgangsweisen erlauben. Und das ist sehr folgenreich. Während nämlich die Integrationsdebatte aufgrund der Orientierung an einem auf den Nationalstaat übertragenen Gemeinschaftskonzept nur eine Reaktion auf Mobilität und Diversität kennt, nämlich die individuelle Anpassung an eine *top-down*-bestimmte Normalität, ist hier aufgrund der Rückbesinnung auf die Arbeitsweise der europäischen Stadt von einer eher an der praktischen Vernunft geschulten kontextspezifischen Umgangsweise mit den Effekten von Mobilität und Diversität auszugehen. Die Effekte von Mobilität und Diversität werden

- in den Institutionen bzw. gesellschaftlichen Systemen zum Gegenstand von Verwaltung bzw. in der Bildung zum Bildungsinhalt oder in der Firma zu einem Produktionskriterium (Objekt-Status),
- in der Zivilgesellschaft, sei es in der Bürgerinitiative oder in politischen Debatten, zu Ressourcen für Motive und Ideen (Argument-Status) und
- in der Lebenswelt zum Anlass für identifikatorische Gemeinschaftsbildungen, sei es in der Familie, sei es am Stammtisch, im Verein oder pauschal formuliert im Milieu (Subjekt-Status).

Nach dieser Logik gewinnen die Effekte von Mobilität und Diversität für die Alltagsroutinen in diesen drei Kontexten eine je spezifische, *signifikante* Bedeutung. An einem Vergleich von entsprechenden Beispielen lässt sich das deutlich machen: Ein Bildungssystem muss sich ggf. damit auseinandersetzen, wie mit der zunehmenden Diversität der Schüler_innen umzugehen ist, eine Bürgerinitiative damit, wie sie die vielfältigen Erfahrungen ihrer Mitglieder überzeugend einsetzen kann, eine lebensweltliche Gemeinschaft damit, wie sie Verlässlichkeit durch eine gemeinschaftsbildende, identifikatorische Identität herstellen kann. In diesen drei Kontexten geht es also nicht pauschal um irgendeine ‚Inklusion‘, sondern um eine *kontextspezifische Inklusion*, d. h. darum, die Effekte von Mobilität und Diversität nach Maßgabe entsprechender, zweckrationaler Überlegungen kontextspezifisch zu sichern. In jedem der Kontexte haben sich *unterschiedliche Wege* entwickelt. Man kann deshalb nicht Integrationsstrategien – so ‚nützlich‘ sie im lebensweltlichen Zusammenhang in der familialen Gemeinschaft oder im Verein auch sein mögen – im Kontext formaler Systeme wie dem Bildungssystem oder einem Konzern gebrauchen, weil hier eine ganz andere, praktische Logik gilt.

Der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft wird demnach durch so etwas wie kontextspezifische Routinen und der dadurch jeweils gesicherten unterschiedlichen Relevanz der Effekte von Diversität und Mobilität gesichert. Schaut man sich aus diesem Standpunkt heraus die längst zum globalen Erfolgsmodell avancierte europäische Stadt genauer an, so zeigt sich, dass sich das urbane Handeln nach dem gültigen Kontext deutlich verschieden gestaltet. Allerdings gilt dies im urbanen Alltag nur *cum grano salis*, oder genauer gesagt, nur in wohlorganisierten bzw. wohldefinierten Situationen. Im informellen Alltagsleben kommt es darauf an, welcher Kontext in einer Handlungssituation gerade dominiert. Die Inclusive City bedeutet unter dieser Voraussetzung nicht nur, dass Mobilitäts- und Diversitätsaspekte kontextspezifisch inkludiert werden, sondern eben auch, dass der urbane Alltag genügend Raum für situationsspezifische Arrangements erlaubt. In diesem Sinne verstehen wir ‚Inclusive City‘ und in diesem Sinne möchten wir uns dem Phänomen der ‚inklusiven Stadtgesellschaft‘ in diesem Sammelband aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und von unterschiedlichen Bezugshorizonten aus annähern.

4 Zur weiteren Debatte

Mit den einführenden Bemerkungen wird ein relativ präziser Erwartungshorizont definiert. Es geht nicht nur um eine Neuorientierung in Richtung Stadtgesellschaft, sondern auch um eine, die Traditionen der europäischen Stadt im Umgang mit den Effekten von Mobilität und Diversität berücksichtigende Sichtweise. Anders als aus der Integrationsdiskussion gewohnt, wird gefragt, wie mit diesen Effekten fallweise umgegangen wird. Wichtig ist dabei, dass eben in unterschiedlich gelagerten Situationen Inklusion jeweils etwas anderes bedeutet. Es ist klar, dass bei einer ersten Spurensuche deutlich unterschiedliche Befunde zutage gefördert werden, zumal die Autor_innen ja auch aus sehr verschiedenen Forschungsrichtungen kommen und folglich auch nicht das Ganze im Blick haben. Dennoch zeigt sich, dass die Debatte schon jetzt interessante Konvergenzen hervorgebracht hat.

Im I. Teil wird die *Stadtgesellschaft als Organisationskontext des urbanen Zusammenlebens* fokussiert. Es werden allgemeinere Ansätze vorgestellt, die Stadtgesellschaft in ihren Eigenschaften und ihrer Bedeutungsvielfalt darstellen. *Jerome Krase* verfolgt in seinem Essay die Frage nach der Möglichkeit und den Voraussetzungen von Inclusive Cities unter heutigen globalisiert-transnationalisierten Bedingungen. Er nimmt die Leser_innen in seinem Foto-Beitrag mit auf Stadtpfade in drei verschiedenen Ländern. Seine Analysen, historischen Rückschauen in Bezug auf den Umgang mit Minderheiten im US-amerikanischen-europäischen Vergleich und seine mit Bedacht ausgewählten Bildquellen, die uns Krase vom Everyday Life mitgibt, stehen in einem starken Kontrast zu den skandalisierend-exotisierenden Bildern, die uns die Massenmedien zur Interpretation von Neuer Mobilität und Diversität – insbesondere seit der ‚Wiederentdeckung‘ des Islam infolge 11/09 – nahe legen: Krases visuell-basierte Analysen lassen das Leben in mobilitätsgeprägten Quartieren vor allem als das erscheinen, was es ausmacht – als ein relativ problemloses und unspektakuläres Zusammenleben von Menschen, mit situierten Wissens- und Erfahrungsräumen in der urbanisierten Stadtgesellschaft. *Stephan Lanz* kritisiert in seinem Beitrag aktuelle urbane ‚Politik‘, die in seinen Augen derzeit postpolitisch verfasst ist. Diesen Zusammenhang zeichnet der Autor anhand dreier Dispositive – das der kreativen, der sozialen und der Bürgerstadt – nach. ‚Inclusive City‘ kritisiert der Autor in diesem Zusammenhang als ein zu unscharfes, harmonistisches Konzept, das sich in die Logik des Postpolitischen gut einfüge, indem es Fragmentierungstendenzen, Exklusion, Verdrängung und Ausgrenzung eher ausblende. Lanz eröffnet die Perspektive auf Akteure, die eine Re-Politisierung der Stadt Berlin wieder fördern könnten. Dazu analysiert er, in Anlehnung an Rancières Unterscheidung zwischen Politik und Polizei, gegenwärtige bürgerschaftliche Statements/Handlungen (‚acts of citizenships‘) am Beispiel der Stadt Berlin, wobei er den Refugee Strike/Besetzungen öffentlicher Räume von Flüchtlingsaktivist_innen in Kreuzberg und die Mieterinitiative Kotti & Co

aufgreift. Beide Initiativen deutet Lanz als (kosmo-)politische Akte, in denen Menschen ihre urbanen Rechte bzw. ihren Anteil einfordern. Der identitätspolitik-kritische Diskussionsbeitrag von *Nina Schuster* verfolgt die Frage nach den ambivalenten Effekten von Sichtbarkeitspolitiken als Anerkennungspolitiken queerer sozialer Bewegungen in der Stadt. Führt bspw. die Sichtbarkeit queerer Menschen in der Stadt auf Großveranstaltungen wie dem CSD zur Verflüssigung oder zur Rekonstitution der gesellschaftlich bestehenden Heteronormativität? Wer wird auf den Paraden eigentlich gesehen und wer bleibt außen vor? Wie nachhaltig ist die Sichtbarkeit der Queers über die Großveranstaltung hinaus und welche Identitäten werden hier eigentlich de-/konstruiert? Schuster denkt entlang dieser Fragen eigene queer/feministische Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu sozialen Praktiken queerer Raumproduktionen weiter.

Im *II. Teil* steht das Thema *Urbaner Raum – ein lebendes System* im Zentrum der methodologisch reflektierten Analysen. Die Beiträge eint, dass sie den Nationalstaat als methodisch-methodologischen Bezugshorizont allesamt kritisch diskutieren bzw. dekonstruierend zurückweisen. *Elli Scambor* präsentiert in ihrem Artikel die Ergebnisse einer sozialräumlich angelegten *Intersectional Map*-Studie, welche soziale Ungleichheiten hinsichtlich der Stadtnutzung der Grazer_innen ($n=1650$) anhand ihrer alltäglichen Wegketten und der täglich aufgesuchten Orte mittels Fragebögen und Interviews erfasst sowie Geschlecht und Migrationshintergrund als sozialstruktur-relevante Variablen der gegenwärtiger Gesellschaft am Beispiel der Stadt Graz nachweist. Im Ergebnis stehen unterschiedliche geschlechts-, migrations- und klassenspezifische sowie stadtbezirksspezifische Mobilitätsmuster der Bewohner_innen. Auf Basis dieser Studienergebnisse formuliert die Autorin Kritik an gegenwärtiger Stadtplanung. Die Erweiterung bzw. Ergänzung des methodologischen Kosmopolitismus nach Ulrich Beck um einen methodologischen Lokalismus steht bei *Knut Petzold* im Zentrum seines Diskussionsbeitrags. So geht Beck in seinem Ansatz von einem mittlerweile realisierten Kosmopolitismus infolge von internationalem Terrorismus, entterritorialisierten Protestbewegungen und weltumspannenden Klimaveränderungen aus. Aufgrund dieser Entwicklungen, haben der Nationalstaat und modern-dichotome Kategorisierungen nach einer Entweder-Oder-Logik (global vs. lokal, national vs. international etc.) mehr und mehr an Bedeutung verloren. Dementsprechend müssen sich auch die Sozialwissenschaften methodologisch weg vom Nationalismus bewegen und stattdessen kosmopolitische Forschungsdesigns entwickeln, die einer empirisch nachweislichen sowohl-als-auch-Logik entsprechen. Petzold weist diese Beck'schen Annahmen und Forderungen nach einem einseitigen Mehr an Kosmopolitismus unter Rückgriff auf aktuelle empirische Studienergebnisse und zwei empirisch-ironisch gemeinte Anekdoten zur Berliner Integrationsdebatte um

die ‚schwäbische‘ Bevölkerung und die Kennzeichenliberalisierung zurück. Dazu schränkt er das Kosmopolitismus-Konzept in seiner empirischen Bedeutung ein und erweitert dieses um einen empirisch nachweislichen Lokalismus, der weiterhin dualistisch, hierarisierend und kategorial operiere. Diversitätserfahrungen können Petzold zufolge sowohl Kosmopolitismus als auch Lokalismus verstärken. Diesen Befunden liege die Dringlichkeit der Entwicklung eines methodologischen Lokalismus zu Grunde, der zum methodologischen Kosmopolitismus komplementär sein sollte und aus einer pragmatischen Perspektive heraus von den lokalisierten Subjekterfahrungen, einschließlich ihrer potentiellen entweder-oder-Logiken und ihrer dualistischen Referenzsysteme ausgehe. Von der für die gegenwärtigen Integrationsdebatten typischen Leitdifferenz ‚guter‘ versus ‚schlechter‘ Migrant, die im öffentlich-medialen Diskurs um aktuelle Mobilitätsformate moralisiert und nutzenorientiert als anekdotische Projektionsflächen konstruiert werden, geht *Jonathan Everts* in seinem Beitrag aus. Dazu greift Everts aktuelle Grenzverschiebungen im EU-Innen- und Außenraum auf, die innereuropäische und globale Mobilitätsbewegungen verstärken. Am Beispiel der Debatten und Praktiken um die sogenannte ‚Armutseinwanderung‘ aus Südosteuropa, der Inszenierung der ‚Flüchtlingsströme‘ auf Lampedusa, an der EU-Außengrenze sowie in Mitten deutscher Großstädte (NSU-Morde) macht Everts neue Grenzregime und ihre diskursiven Fundamentalisierungen der gemeinschaftlich-orientierten Debatten deutlich. Im Ergebnis plädiert Everts für eine neue, differenziert-humanistische Sicht (der Forschung) auf Einwanderung innerhalb heutiger multikultureller Gesellschaften, die ökonomistische und menschenverachtende Argumentationsmuster deutlich zurückweist. *Nina Berding* geht in ihrem Beitrag auf sogenannte Rückkehrprozesse von Ecuadorianer_innen ein, die sich nach vielen Jahren in Spanien insbesondere aufgrund der spanischen Wirtschaftskrise veranlasst sahen, wieder in ihr ‚Herkunftsland‘ zurückzukehren. Die Autorin fokussiert dabei die Dynamiken der Ausgrenzung, die sich hier exemplarisch daraus entwickeln, dass davon ausgegangen wird, dass die Menschen ja in ihre ‚Heimatländer‘, also entsprechend zu den ihnen vertrauten Bindungen und Routinen zurückkehren – eben dahin, wo sie auch ‚hingehören‘. Am Beispiel von Interviewausschnitten, die Berding während ihrer Feldforschung in Ecuador (2012) gesammelt hat, entfaltet die Autorin die Paradoxien im Umgang mit Zugehörigkeit. Einerseits zeigt sie, wie ‚fremd‘ und wenig zugehörig sich die sogenannten ‚Rückkehrer‘, in Ecuador fühlen, da sie sich in den Jahren in Spanien eben dort über ihre lokale Lebenssituation Zugehörigkeit verschafft und verortet haben und andererseits stellt sie den politischen Umgang mit der Rückkehr dagegen und argumentiert, dass über Zugehörigkeit und Diversität vor allem mittels nationalstaatlicher Logiken und bestehender Diskurse verhandelt wird. Auf Basis ihrer Ergebnisse formuliert die Autorin Kritik am gegenwärtigen Umgang mit

Zuwanderung und Zugehörigkeit und plädiert für eine veränderte Sichtweise hin zu einem ent-nationalisierenden Blick, der hybride, translokale Zugehörigkeiten erstens zulässt, um zweitens die Potenziale davon nutzen zu können.

Vielfalt und Mobilität als Ausgangspunkte zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung werden im III. Teil untersucht. Dabei rücken virtuelle und symbolische Inszenierungen sowie die Rolle neuer Medien in das Zentrum der Betrachtung. *Frank Eckardt* zeigt in seinem Beitrag, dass sich die Orte und Nicht-Orte des Politischen im Kontext von wissens-, informations- und internetbasierten sowie zunehmend diversitäts- und mobilitätsgeprägten Stadtgesellschaften heute gegenüber modernen Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts transformiert haben. Dabei dürfe man mediale Innovationen und Revolution nicht mit politischen gleichsetzen, da das Politische häufig weiter auf die Interessen von Wenigen und territorialisiert ablaufe, d. h. heutige ‚global flows‘ von Kapitalien, Menschen und Dingen produzieren nicht notgedrungen eine globalisiertere Politik, sondern vielfach sogar ihr Gegenteil. Diese Entwicklungen haben nach Eckardt auch Auswirkungen auf heutige partizipativ ausgerichtete Stadtplanungsprozesse, wobei die demokratische Erfahrung der Beteiligten durch ihre simultan eingesetzte physische und virtuelle Präsenz eine besondere Ressource für demokratische Gesellschaften sowie ihre durchaus antagonistischen Gegenöffentlichkeiten darstellen könnte. *Angela Pilch Ortega* reflektiert in ihrem Artikel transnationale Räume als zunehmend veralltäglichte, wenngleich zwischen globalem Norden und Süden höchst ungleich verteilte, Erfahrungs- und Wissenshintergründe bestehen. Diese simultan verdichteten und entgrenzten Wahrnehmungs- und Denkhorizonte gewinnen ihrer Auffassung nach vor allem in urbanen Zentren gegenwärtiger, mobilitätsfrequenzierter Stadtgesellschaften an Bedeutung. Die Autorin macht ihre Überlegungen anhand von Beispielen aus der eigenen Biografie deutlich: Das internetbasierte Telefonieren mit *skype* ermögliche persönliche Begegnungen und wandle weltumspannende Distanzen in virtuelle Nahräume um. *Pilch Ortega* zeigt, wie Biographien zu transnationalen Orten/Artikulationen werden können, indem sie das Wissen, Denken und Handeln alltäglich beeinflussen und gleichzeitig biografische Konstruktionsprozesse generieren. *Emre Arslan* greift in seinem Text die Gezi-Park-Proteste als einen intersektional verschränkten Kampf um Inklusion und Recht auf Stadt verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Global City Istanbul auf. Die Proteste richten sich nicht zuletzt gegen die neo-konservativ, zentralistische Politik unter der derzeitigen AKP-Regierung, welche die Stadtverwaltung und die Stadtplanung weniger in das Interesse der breiten Bevölkerung stellt, sie dafür umso mehr mit einer Orientierung hin zu ethno-nationalen Symbolen in Form von Großprojekten ausgerichtet hat. *Arslan* beleuchtet in seinem auf Bourdieus Kapitalien-Theorie basierenden Beitrag die gesellschaftlichen Ereignisse, die zu diesen Protesten führten und deutet diese als durchaus nachhaltigen Kampf gegenüber der hegemonial-inszenierten symbolischen Ordnung.

Der IV. Teil reflektiert die *Dynamik einer neuen Wirklichkeit*. *Antonia Dika* und *Barbara Jeitler* stellen die Projektinitiative ‚Reisebüro Ottakringer Straße‘ in einer belebten und einwanderungsgeprägten Straße der Stadt Wien vor. Dieses Projekt fußt auf einem öffentlich-medial marginalisierenden Diskurs dieser Straße und des Viertels als gefährliche ‚Balkanmeile‘. Das diesen Diskurs ironisierende Angebot einer lokalen Initiative sind Reiseführungen von ‚Tourist_innen‘ durch die Straße. Von dieser Initiative ausgehend, werden weitere Projekte und Debatten mit jeweils völlig unterschiedlichen Orientierungen im Viertel angeregt, dessen Aushandlungen die beiden Autorinnen plastisch schildern. Am Beispiel des Hamburger ‚Staatsvertrags‘ mit islamischen Verbänden stellt *Laura Haddad* sich die Frage, nach dessen Beitrag zur Realisierung einer Inclusive City. Mit zahlreichen Interviews, die Haddad im Rahmen ihres ethnografisch orientierten Dissertationsprojektes mit lokalen Akteuren aus Kommunalpolitik und mit verschiedenen Vertreter_innen islamischer Organisationen geführt hat, veranschaulicht sie den Widerspruch zwischen dem kommunalen Versuch einer inkludierenden Anerkennungspolitik einerseits – nachdem man mit einer jahrzehntelangen bundesdeutschen Assimilations- bzw. Integrationspolitik dieselbe zunächst verhindert hat – und andererseits den exkludierenden Prozessen, die mit dem kommunalpolitischen Institutionalierungsversuch des Islam für bestimmte Gruppen (z. B. die der Aleviten) verbunden sind. Der Artikel zeigt deutlich, die Schwierigkeit, die mit dem kommunalpolitischen Versuch einhergeht, eine über lange Zeit hinweg minorisierte, heterogene Religionsgemeinschaft nun über ein bürokratisches Verfahren ‚anzuerkennen‘ und en bloc ‚zu repräsentieren‘. Das Spannungsverhältnis ergibt sich dadurch, dass die vermutete ‚islamische Gemeinschaft‘ freilich selbst gesellschaftlich ausdiversifiziert ist und somit auch von Minderheits- und Mehrheitsverhältnissen sowie von Partikularinteressen geprägt ist. *Wolf-D. Bukow* kommentiert in seiner Replik den Beitrag von *Laura Haddad* zum ‚Staatskirchenvertrag‘ zwischen Hamburg und den islamischen Gemeinschaften. Dabei rekonstruiert der Autor die Geschichte eines gänzlich ignorierenden Ausschlusses des durch die „Gastarbeiter_innen mitgebrachten“ Islam in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 1960er Jahre, über die darauf erstarkenden Integrationsanforderungen an ‚die Anderen‘ – insbesondere seit 09/11 – bis hin zur Inklusion des Islam als einer Alltagsreligion in der postmodernen Gesellschaft neben vielen anderen (hybriden) Alltagsreligionen. Am Beispiel des Staatskirchenvertrags zeigt Bukow die Paradoxien auf, die mit der Anrufung des Islam zur „öffentlich-rechtlichen Verkirchlichung“ im Zeitalter zunehmender De-Institutionalisierung, von der auch die Kirche nicht ausgenommen werden kann, verbunden sind. Das Beispiel der in Köln lebenden Seniorinnen und Senioren der russischsprachigen, transnational vernetzten Diaspora-Minderheit aus der ehemaligen Sowjetunion (geboren zwischen 1935–1945) zentriert *Natalia Kühn* in ihren Ausführungen. Ausgehend von der vielerorts zunehmenden